

## **Bericht aus der Sitzung des Seniorenbeirates am 10.05.2022**

### **1. Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Seniorenbeirates. Er stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß bekannt gemacht und geladen wurde; Beschlussfähigkeit ist gegeben. Einwände zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 08.02.2022 wurde dem Seniorenbeirat zugesandt. Einwendungen werden nicht erhoben; damit gilt es als genehmigt.

Vorsitzender Wagner gratuliert SBin Rosi Liebenstein zum runden Geburtstag.

Der Vorsitzende geht kurz auf das Protokoll der letzten Sitzung ein. Bezüglich der geplanten Tagespflegeeinrichtung wird nächste Woche ein Gespräch mit Frau Hahn, Bereichsleiterin Senioren und Rehabilitation, AWO Unterfranken, stattfinden. Darüber wird er in der nächsten Sitzung informieren.

### **2. Altenhilfestrukturgesetz und Seniorenmitwirkungsgesetz – Reaktionen auf das Schreiben des Seniorenbeirats (siehe Sitzung vom 08.02.2022)**

Auf TOP 3 und 4 b) der Sitzung vom 08.02.2022 wird verwiesen.

In Bezug auf das geforderte Seniorenmitwirkungsgesetz vertritt der Seniorenbeirat im Gegensatz zur Landessenorenvertretung in Bayern e.V. die Ansicht, dass auch weiterhin kommunale Mandatsträger als Mitglieder des Seniorenbeirats zugelassen werden sollen und dass neben der Wahl des Seniorenbeirats ebenso das in Bergtheilfeld bewährte Berufungsverfahren möglich sein soll. Vorsitzender Wagner hat ein entsprechendes Schreiben an die LSVB gesandt. LSVB-Vorsitzender Wölfl hat diese Forderungen zur Kenntnis genommen. Vorsitzender Wagner bittet die Mitglieder des Gremiums im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens ihre Verbindungen zu den Abgeordneten zu nutzen und sich dafür einzusetzen, dass diese Forderungen Berücksichtigung finden.

Die Stellungnahme zum Altenhilfestrukturgesetz und die Forderungen zum Seniorenmitwirkungsgesetz hat der Vorsitzende außerdem an Staatsministerin Ulrike Scharf, Bayerisches Sozialministerium für Familie, Arbeit und Soziales sowie an die im Bayerischen Landtag seniorenpolitisch verantwortlichen Abgeordneten, Thomas Huber, CSU, Doris Rauscher SPD, Barbara Regitz, CSU, Johann Häusler, FW, Kerstin Celina, Bündnis 90/Die Grünen, und die Landtagsabgeordneten aus unserer Region gesandt.

Barbara Regitz schreibt, dass der Entwurf des Seniorenmitwirkungsgesetzes zur Behandlung im Koalitionsausschuss von CSU und FW liegt, und bittet um Geduld.

Doris Rauscher unterstützt die Forderungen und hofft, dass der Gesetzentwurf bald im Landtag vorliegen wird.

Paul Knoblach verweist auf den gescheiterten Gesetzentwurf der SPD. Darin war lediglich ein Mindestalter für die Mitglieder im Seniorenbeirat festgelegt worden. In einer Verpflichtung zur Einrichtung eines Seniorenbeirats sieht er einen starken Eingriff in die Handlungsfreiheit der Kommunen.

Staatsministerin Scharf ist es ein Herzensanliegen, die bayerische Seniorenpolitik gemeinsam mit den Senioren zu gestalten und ihr Wissen und ihre Erfahrungen bei politischen Erfahrungen einzubeziehen. Sie möchte eine für alle akzeptable Lösung finden, dabei aber unnötige Bürokratie vermeiden. Zur praktischen Unterstützung vor Ort, vor allem für kleinere Gemeinden, soll ein Orientierungsleitfaden entwickelt werden.

Soweit die bisher eingegangenen Reaktionen auf das Schreiben des Vorsitzenden.

Er bezweifelt, dass, wie vom Staatsministerium angegeben, lediglich nur rund 9% der Gemeinden nicht über eine Seniorenvertretung verfügen. Auf Landkreisebene gibt es, soweit bekannt, Seniorenbeiräte nur noch in Wasserlosen und Gochsheim, sonst i.d.R. lediglich Seniorenbeauftragte. Der Landkreis hat zwar ein seniorenpolitisches Konzept erarbeitet, verfügt aber selbst nicht über einen Seniorenbeirat.

Eine sofortige Umsetzung der Forderungen kann nicht erwartet werden, so der Vorsitzende. Ihm ist es aber wichtig, Sensibilität für seniorenpolitische Fragen zu wecken.

**o.w.B.**

### **3. Ideen zu einem Fahrradweg:**

#### **Erarbeitung einer möglichen Wegführung und Vorschlag für einen Gesprächsaustausch mit den entsprechenden Planern und Behörden**

Auf TOP 2 der Sitzung vom 08.02.2022 wird verwiesen.

Zum Stand des Projektes „Alltagsradfahren“ des Landratsamtes Schweinfurt informiert der Vorsitzende, dass im Sommer Ortsbefahrungen geplant sind, dabei werden die Ortsdurchfahrt Schweinfurter Straße / Hauptstraße und die Mainstraße mitbetrachtet. Bis zum Herbst werden Daten und Fakten ermittelt und digitalisiert. Zuständig beim Landratsamt ist Frau Graf.

SB Pfeifroth hält einen beidseitigen 1,25 m breiten Radsicherheitsstreifen von der Maria-Schmerz-Kirche in Richtung Schweinfurt durchgehend für möglich. Dazu müsste man lediglich die Pflastereinfassungen an den Straßenbäumen um 0,5 m zurückversetzen. Zusammen mit den Parkflächen ist die Straßen insgesamt 13 m breit. Für die Fahrbahn sind nur 4,50 m notwendig, auch die Breite der Parkflächen könnte man von derzeit 2,50 m auf 2,00 – 2,20 m verringern. Er fordert außerdem eine Überquerungshilfe im Bereich der Rothmühlstraße und wegen der Grundschule Tempo 30 in der Hauptstraße – die Autofahrer würden dann vermehrt auf die Umgehungsstraße ausweichen.

Der Vorschlag wird diskutiert.

SBin Berlein-Morawe hält generell eine veränderte Denkweise für nötig. Fußgänger und Radfahrer sollten Vorrang vor den Autofahrern haben.

Gemeinsame Wege für Fußgänger und Radfahrer, wie von SBin Paliege vorgeschlagen, werden als zu gefährlich erachtet.

Der Vorschlag von SBin Mohr, die Rasenstreifen entlang der Schweinfurter Straße für die Radwege einzubeziehen, würde zu große Baumaßnahmen erfordern. Zudem wurden die Grünflächen seinerzeit bewusst geschaffen.

Aufgrund des starken Verkehrs sieht SBin Göbel vor allem ein Problem beim Linksabbiegen. Wegen der Ampel am Fußgängerüberweg vor der Grundschule lehnt das Straßenbauamt Tempo 30 in der Hauptstraße ab, erklärt der Vorsitzende.

SBin Doris Paul verweist auf die Rückertschule in Schweinfurt. Dort gibt es sowohl eine Ampel als auch eine Tempo-30-Zone. Parkstreifen mit einer Breite von lediglich 2 m hält sie für zu schmal.

SBin Scherpf schlägt vor, sich Anregungen aus anderen Städten, wie z.B. Bayreuth, zu holen. Der Vorsitzende nennt die Hauptbahnhofstraße in Schweinfurt. Er empfindet die Situation dort als für die Anwohner zu gefährlich, da sie die Radfahrer nicht kommen sehen.

SBin Füßer verlässt die Sitzung um 17.55 Uhr.

In der Schweinfurter Straße wird schnell gefahren, so der Vorsitzende, wegen der schmalen Fahrbahn ist dies in der Mainstraße ab Kreisel bis zum Tempo-30-Schild so nicht möglich. Er fordert alle Verkehrsteilnehmer zu gegenseitiger Rücksichtnahme auf.

Das Gremium spricht sich übereinstimmend für einen Radweg – getrennt vom Fußweg – aus. Würzburger Straße, Hauptstraße, Schweinfurter Straße und Mainstraße sollen bei den Planungen in den Blick genommen werden. Der Vorsitzende schlägt vor, einen gemeinsamen Termin mit Bürgermeister, Frau Graf vom Landratsamt, Polizei und Straßenbauamt zu vereinbaren. Das Gremium ist einverstanden.

**o.w.B.**

### **4. Diskussion über kritische Verkehrsbereiche**

In einem Schreiben an den Vorsitzenden hat SBin Paliege auf den kritischen Bereich Dechelmanstraße – Verbindung zum Hederichsweg aufmerksam gemacht, der in Augenschein genommen werden soll. Es gibt nur auf einer Seite einen schmalen Gehweg, der

häufig durch parkende Autos zugestellt ist und den zudem noch ein Sicherungskasten blockiert. Sie fordert ein Parkverbot auf der Gehwegseite.

SBin Göbel fügt an, dass das Thema auch schon im Gemeinderat vorgebracht wurde. Dort wurde eine Einbahnstraßenreglung vorgeschlagen.

In ihrer Eigenschaft als Behindertenbeauftragte nimmt SBin Scherpf auf Einladung des Bürgermeisters nächste Woche an einem Gespräch und einer Ortsbegehung im Schleifweg, Abschnitt Schnackenwerther Straße bis Rothmühlstraße, teil. Sie schlägt diesen Bereich für die Begehung durch den Seniorenbeirat vor.

SBin Zahl ergänzt, dass die Sanierung des Schleifwegs im Gemeinderat schon beschlossen wurde, dass aber noch vier verschiedene Ausführungsmodelle diskutiert werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Seniorenbeirat in Senioren betreffenden Angelegenheiten zu hören ist und deshalb auch hier beteiligt werden sollte.

Die verschiedenen Modelle sollen in der nächsten Sitzung vorgestellt werden, SBin Scherpf wird dann auch über das Gespräch informieren.

SB Bernd Paul fordert eine Überquerungshilfe. Vorsitzender Wagner stimmt generell zu, gibt aber zu bedenken, dass dies beim Haus der Begegnung wegen der Bushaltestelle nicht möglich ist. Zudem wird hier auch das Halteverbot nicht eingehalten.

GRin Zahl moniert, dass die Autofahrer an den bereits bestehenden Überquerungshilfen nicht anhalten, um die Fußgänger passieren zu lassen.

Der Vorsitzende bittet, weitere kritische Bereiche zu melden.

**o.w.B.**

#### **5. Terminierung einer Ortsbegehung**

Die Ortsbegehung unter seniorenpolitischen Gesichtspunkten wird auf **Dienstag, 05.07.2022** festgelegt. Uhrzeit und Treffpunkt werden noch bekanntgegeben.

#### **6. Senioren-Nachmittag der Gemeinde: Beratung und Entscheidung**

Auf TOP 4 d) der Sitzung vom 08.02.2022 wird verwiesen. GRin Zahl möchte mit ihrem Vorschlag, dass der Seniorenbeirat die Ausrichtung des Seniorennachmittags der Gemeinde übernimmt, die Gemeindeverwaltung entlasten.

Wegen der fortgeschrittenen Zeit schlägt der Vorsitzende vor, den TOP zu verschieben. Die bisher Verantwortlichen sollen überlegen, welchen Weg sie für praktikabel halten. Das Gremium ist einverstanden.

**o.w.B.**

#### **7. Anfragen und Informationen**

Der Vorsitzende bittet mit Blick auf die Ortsbegehung nochmals, ihm oder der Verwaltung neuralgische Bereiche zu melden.